

Presse-Information

Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Obenmarspforten 21, 50667 Köln
E-Mail: presseamt@stadt-koeln.de
Redaktionsbüro +49 (0) 221 221-26456
Rufbereitschaft: +49 (0) 221 / 221-26487

Alexander Vogel (av) 221-26487
Pressesprecher
Inge Schürmann (is) 221-26489
stv. Pressesprecherin
Robert Baumanns (rob) 221-32176
Jürgen Müllenberg (jm) 221-26488
Katja Reuter (reu) 221-31155
Nicole Trum (nit) 221-26785
Simone Winkelhog (sw) 221-25942
Sabine Wotzlaw (wot) 221-25399

24.08.2020 - 1045

Überdurchschnittlich viel Einwegabfälle in Köln Ergebnisse der VKU-Verbundstudie zu Einwegkunststoffen

Etwa 17.000 Tonnen Abfälle fallen im Jahr im öffentlichen Raum, also aus Papierkörben, auf den Straßen und Wegen, in Köln an. Das sind durchschnittlich 15 kg pro Kopf und Jahr. Einwegkunststoffe machen an den Kölner Abfällen im öffentlichen Raum 8,4 Gewichtsprozent beziehungsweise 29,3 Volumenprozent und Verpackungen 18,4 Gewichtsprozent beziehungsweise 20,8 Volumenprozent aus. Verglichen mit anderen Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern liegt Köln damit über dem Durchschnitt. Take-Away-Verpackungen und To-Go-Becher und Anderes haben mit 6,1 Gewichtsprozent den größten Anteil an Einwegkunststoffen, gefolgt von Zigarettenkippen mit Filtern mit ca. 1,5 Gewichtsprozent. Das ist das Ergebnis einer Kölner Studie.

Untersucht wurden Abfälle aus Papierkörben und Streumüll im Straßenraum und in Grünflächen sowie im Straßenkehricht und in Abwasserkästen im Sommer und Winter 2019. Die Stadt Köln hat neben weiteren Kommunen an der im Auftrag des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) durch INFA – Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management GmbH (INFA) durchgeführten bundesweiten Studie teilgenommen. Die Ergebnisse der bundesweiten Studie wurden durch den VKU und das Bundesumweltministerium am 20. August 2020 vorgestellt.

Hintergrund der durchgeführten Studie ist, dass ab 2021 durch die EU-Kunststoffrichtlinie bestimmte Einwegkunststoffprodukte wie Wattestäbchen, Besteck, Teller, Trinkhalme und Rührstäbchen verboten werden. Der Verbrauch von anderen Produkten wie z. B. Take-Away-Verpackungen, To-Go-Becher und Zigarettenfilter soll eingedämmt werden. Vorgaben für die Gestaltung und Kennzeichnung solcher Produkte sind ebenfalls vorgesehen. Eine erweiterte Herstellerverantwortung ist in diesem Zusammenhang angestrebt. So sollen sich Hersteller an den Kosten für öffentliche Sammel- bzw. Reinigungssysteme beteiligen. Das soll auch die Bereitstellung geeigneter Abfallbehälter und Maßnahmen zur Sensibilisierung der Verbraucherinnen und Verbraucher umfassen.

Allein durch das sogenannte „Littering“, das Wegwerfen von Müll im öffentlichen Bereich und nicht in der privaten Mülltonne, entstehen in Köln Kosten in Höhe von rund zwölf Millionen Euro im Jahr. Diese tragen die gebührendzahlenden Kölnerinnen und Kölner.

Es befinden sich insgesamt rd. 21.000 Papierkörbe im Kölner Stadtgebiet, davon etwa 14.000 im öffentlichen Straßenland und der Rest in Grünanlagen.

-is-